

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 59/39
Telex: 8 66 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Gerd Walter MdEP zum Erfordernis einer gründlichen Mobilisierung für die Europawahl: SPD kann stärkste Kraft werden.

Seite 1

Staatssekretär Reinhold Kopp zur Diskussion um die „Schnellbahn“ in die französische Hauptstadt: Für eine optimale Verbindung nach Paris.

Seite 3

Jörg Kramer zur Europawahl am 18. Juni: Polizisten für soziale Demokratie in Europa.

Seite 4

Hans-Günter Naumann MdL zum österreichischen Nachtfahrverbot für Lastwagen: Ein Schienenkonzept für den Alpen-Transit entwickeln.

Seite 5

Dokumentation:

Der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Max von Heckel hat in einem Brief an den bayerischen Innenminister Edmund Stoiber Fragen im Zusammenhang mit der Überprüfung der „Republikaner“ durch den Verfassungsschutz gestellt. Wortlaut

Seite 6

44. Jahrgang / 110

13. Juni 1989

SPD kann stärkste Kraft werden

Zum Erfordernis einer gründlichen Mobilisierung für die Europawahl

Von Gerd Walter MdEP
Spitzenkandidat der SPD zur Europawahl

Nachdem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler im Europawahlkampf mit seiner Dramatisierungsstrategie gescheitert ist, hofft das Adenauer-Haus nur noch auf eins: Eine möglichst geringe Wahlbeteiligung.

Die SPD wird diesen Strategen jedoch einen Strich durch die Rechnung machen. Mit einer gründlichen Mobilisierung kann es uns nämlich bei der Europawahl gelingen, erstmals seit 1972 wieder aus einer bundesweiten Wahl als stärkste politische Kraft hervorzugehen.

Deshalb setzt Heiner Geißler darauf, daß möglichst so wenig Wählerinnen und Wähler am 18. Juni zur Europawahl gehen wie 1984.

Denn allein darin sieht er bei schwindender Zustimmung zur Unionspolitik eine Überlebenschance für die abbröckelnde Koalition. Deshalb auch lancierte er über die Adenauer-Stiftung eine „vertrauliche Studie“ zur Europawahl, nach der die Wahlbeteiligung zwischen 50 und 55 Prozent liegen werde. Also ein weiterer Abstieg gegenüber den beiden Wahlen zuvor.

Auch das Bundesinnenministerium will Politik mit Umfrageergebnissen machen. Es liegt der Verdacht auf der Hand, die Wählerinnen und Wähler sollen entmutigt werden. Volkes Meinung sei, die Wahl bringe nichts. Vertane Zeit.

Allerdings haben diese Prognosen alle einen gemeinsamen Fehler: Sie stimmen nicht.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemüthner Umformung
mit dem alten Kabinett
Kleinformat-Papier



Im Gegenteil: Der SPD liegt eine über 1.000 Personen umfassende gewichtete Analyse vor, nach der bei der Europawahl eine Wahlbeteiligung erwartet werden darf, die in der Mitte der 60 Prozent liegt.

Das entspricht auch den Beobachtungen, die wir in Wahlversammlungen und Erhebungen vor Ort gemacht haben. Vielerorts hat es bereits vor einer Woche doppelt so viele Briefwähler/innen als fünf Jahre zuvor gegeben. In manchen Städten geben sich an den Ausgabestellen für Briefwahlunterlagen (wo man auch direkt seine Briefwahlstimme deponieren kann) die Menschen die Türklinken buchstäblich in die Hand. Es bilden sich sogar Schlangen Wartender, die leider sonst zum bundesdeutschen Alltag des siebenten Kohl-Jahres in Arbeitsämtern üblich sind.

Wir wissen, daß die Unionsparteien keinen Mobilisierungsvorsprung mehr haben: Von den SPD-Anhängern sind 81 Prozent fest entschlossen zu wählen. Die Unionsanhänger dagegen - anders als früher - nur zu 79 Prozent.

Hinzu kommt: Nur noch 19 Prozent der Gesamtwählerschaft weiß noch nicht genau, ob sie wählen werden; noch vor sechs Wochen waren es noch 37 Prozent.

Wir haben in das Zentrum unseres Wahlkampfes und in der öffentlichen Darstellung Themen gestellt, die unser europäisches Profil verdeutlichen. Mit Erfolg. Denn die Mehrheit der Wähler sagt, daß sie am 18. Juni nicht eine Testwahl um die Zukunft von Helmut Kohl sehen.

Das ist eine schöne Bestätigung unseres Wahlkampfkonzepts. Für uns ist die Europawahl wohl aber Richtungswahl darüber, welche Politik besser für Europa, für ganz Europa, ist.

Freilich haben wir auch ein innenpolitisches Motiv, in unserer Anstrengung um eine hohe Wahlbeteiligung nicht nachzulassen. Es ist jedoch zugleich auch von großem europapolitischem Gewicht: Nur eine hohe Wahlbeteiligung, die im von mir skizzierten Umfang liegt, wird der Bundesrepublik Deutschland die Schande des Einzugs deutscher Rechtsextremisten ins Europäische Parlament ersparen.

(-/13.6.1989/vo-he/rs)

* * *

Für eine optimale Verbindung nach Paris

Zur Diskussion um die „Schnellbahn“ in die französische Hauptstadt

Von Staatssekretär Reinhold Kopp
Chef der Staatskanzlei Saarbrücken

Das europäische Schinenschnellverkehrsnetz nimmt Konturen an. Alle an der Hochgeschwindigkeitsstrecke Mannheim-Kaiserslautern-Saarbrücken-Paris Interessierten haben nach den Beschlüssen des 53. deutsch-französischen Gipfels aufgeatmet. Die Notwendigkeit der wichtigen Ost-West-Verbindung zwischen dem Rhein-Main-Gebiet und dem Pariser Becken ist anerkannt. Daher wendet sich jetzt die Diskussion dem Wann und dem Wie der Verwirklichung dieser europäischen Verknüpfung zu.

Die Bundesregierung wird keine Initiative zur Beschleunigung des Projekts ergreifen. Sie will erst den Abschluß der französischen Untersuchungen (durch den „Monsieur TGV“, Herrn Essig) abwarten und eigene konkrete Schritte hinsichtlich der Strecke Saarbrücken - Mannheim an den französischen Ergebnissen orientieren. Ihre Vorstellungen über die deutsche Teilstrecke beschränken sich eindeutig auf einen bloßen Ausbau, der nicht nur die billigste Version ist, sondern auch die geringste Zeitersparnis erbringt.

Die Rechnereien, wieviel Millionen D-Mark kostet eine Minute Zeitersparnis bei einem (teilweisen) Neubau der deutschen Teilstrecke, übersehen die negativen Folgen einer „kleinen Lösung“ für die Gesamtverbindung. Die günstigste Rentabilität auf französischer Seite (sogenannte Variante 3: fast völliger Neubau der Y-Lösung über Straßburg und Saarbrücken) wird nicht erreicht, wenn die zugrundeliegenden Vorgaben auf deutscher Seite (Neubau Saarbrücken - Ludwigshafen) nicht realisiert werden. Denn: längere Fahrzeiten auf der gesamten Strecke führen zu einer verschlechterten Konkurrenzsituation zu anderen Verkehrsmitteln und somit zu einem geringeren Fahrgastaufkommen.

Der Standortvorteil für die betroffenen Regionen im Binnenmarkt geht durch die bloße Ausbaulösung verloren. Einer Fahrzeit Mannheim - Paris über Saarbrücken von drei Stunden stehen dann nur zwei Stunden 47 Minuten auf der Strecke über Straßburg gegenüber. Die Entscheidung der Fahrgäste und damit das Verkehrsaufkommen für die überregionalen Verbindungen von und nach Mannheim, Stuttgart und Frankfurt folgt zweifellos der Zeitoptimierung.

Daher könnte die „billigste“ Lösung leicht zur teuersten werden: eine Investition in eine Strecke, die überregional ihren Zweck kaum erfüllt und regionale Hoffnungen enttäuscht.

Natürlich ist neben den ökonomischen und regionalen Aspekten auch die Umweltverträglichkeit der Trassenführung zu berücksichtigen. In den Abwägungsprozeß muß aber auch der ökologische Vorsprung der Bahn vor den Verkehrsträgern Luftverkehr und Straße Eingang finden. Nur eine schnelle Bahn kann sich in dieser Wettbewerbssituation durchsetzen und zu einer Entlastung der Umwelt beitragen.

(-/13.6.1989/vo-he/rs)

* * *

Polizisten
kräftig

Was
ums
und

Wir
kaps
vert

Die
zum
lasse
nun

Für

Die
plex
fen
ziste

Fak
in ad

Ohn
nicht
25 P

Ausl
der
aller
der l

Das
sche
unzu

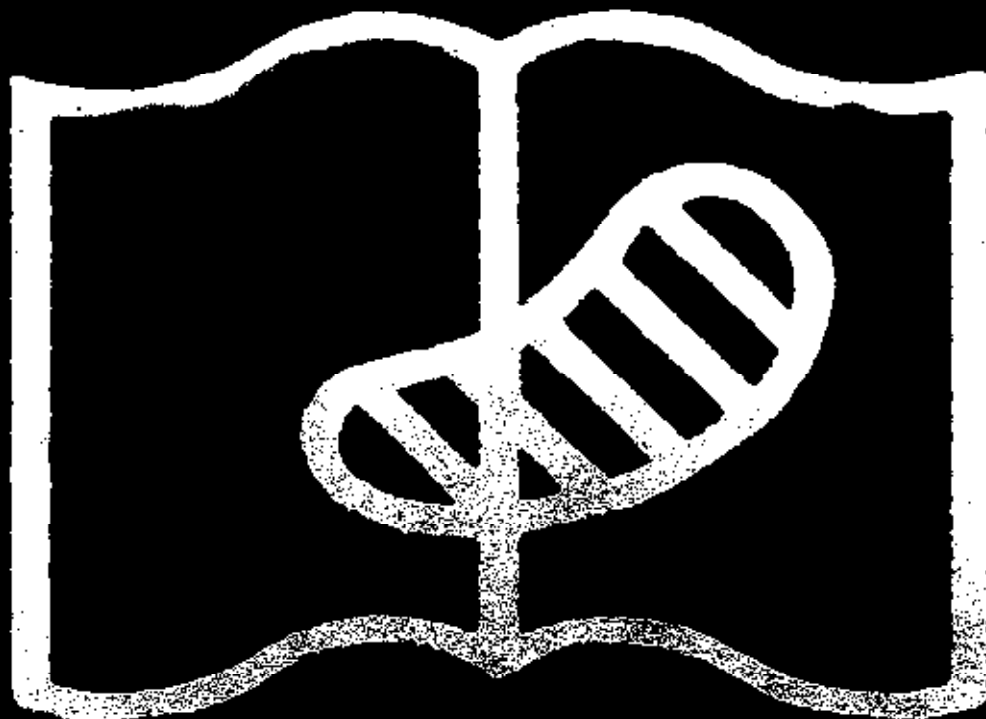
Was

- W
U

- E
d

- E
n

Wir
ger
misr



Wir Polizisten werden uns nicht für einen sozialen Rechtsstaat wenden. Deshalb am 18. Juni: Keine Stimme für Extremismus und Ausländerfeindlichkeit. Polizisten entscheiden sich für das Europa der sozialen Demokratie! (-/13.6.1989/vo-he/rs)

* * *

Ein Schienenkonzept für den Alpen-Transit ausbauen

Zum österreichischen Nachtfahrverbot für Lastwagen

Von Hans-Günter Naumann MdL
Verkehrspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die vom österreichischen Verkehrsminister Streicher angekündigte Maßnahme kann niemanden überraschen, der Alleingang allerdings auch keinen begeistern. Die einzig sinnvolle Reaktion ist jetzt die schnellstmögliche Entwicklung eines realisierbaren Schienenkonzepts für den Alpen-Transitverkehr.

Seit langem ist klar: Die im Alpenraum besonders niedrigen Belastbarkeitsgrenzen der natürlichen Lebensgrundlagen sind entlang der Transitkorridore längst überschritten. Gesundheit und Existenzgrundlagen der Bevölkerung sind gefährdet. Die Landesregierung von Tirol und auch die anderen Bundesländer stehen seit Jahren unter dem wachsenden Druck ihrer Bewohner. Obwohl der jetzt angekündigte Schritt Österreichs nur eine Frage der Zeit war, hatten sich die EG-Kommission, die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung selbstherrlich auf die Wirkung angekündigter Vergeltungsmaßnahmen verlassen - nach dem Motto: Die werden sich schon nicht trauen. Aber sie trauten sich hier ebenso wie bereits vor Jahren bei den Mautgebühren für Lastkraftwagen.

Eine bloße Umverlagerung des nächtlichen LKW-Verkehrs auf die Tagesstunden würde allerdings zu unhaltbaren Verhältnissen führen. Vor allem in der Reisezeit würde der LKW-Verkehr mit großen Teilen der PKW-Flut konkurrieren, mit der Folge drastisch steigender Staus und Unfallzahlen. Um zu den Sperrzeiten die österreichischen Autobahnen noch rechtzeitig verlassen zu können, wäre die Raserei der Lastwagen geradezu vorgegeben.

Wer die Unwägbarkeiten im Speditionsgewerbe und im Fernverkehr kennt, weiß: Es bleibt ein logistisches Problem, einen LKW-Transporter so zu timen, daß es nicht vor den Grenzstationen - in Italien und Bayern - zu kilometerlangen Warteschlangen kommt. Für die notwendigen Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaft sehe ich folgende Leitlinien:

- 0 Die Bereitschaft Österreichs und der Schweiz, bis 1992 Kapazität, Schnelligkeit und technische Spezifikationen des kombinierten Verkehrs soweit zu entwickeln, daß er den Anforderungen des Gütertransports im Binnenmarkt voll gerecht wird, muß vorrangig aufgegriffen werden.
- 0 Angesichts der fehlenden Auslastung der Brennerbahn (58 Prozent) und der derzeit schlechten Wettbewerbslage des kombinierten Verkehrs ist eine stärkere Verlagerung auf die Schiene ohne EG- oder staatliche Beihilfen nicht möglich.
- 0 Von der Schweiz muß verlangt werden, den Huckepack-Transit durch ihr Land durch Subventionen so günstig zu gestalten, daß der Umweg über die Brenner-Route für die Fuhrunternehmer uninteressant und Österreich damit von den Spitzenbelastungen im Straßentransit befreit wird.
- 0 Die Entscheidung über den Bau neuer tiefgelegener Schienentransversalen durch die Alpen muß möglichst bald getroffen und, wo erforderlich, durch ein finanzielles Engagement der Gemeinschaft beschleunigt werden.
- 0 Der Ausbau leistungsfähiger Verkehrswege nach Griechenland muß durch zinsverbilligte Kredite an Jugoslawien beschleunigt werden.

Was jetzt nottut, ist Ratio und nicht verbaler Posaunenkrieg über die Alpen hinweg.

(-/13.6.1989/vo-he/rs)

* * *

Polizisten für soziale Demokratie in Europa
Zur Europa-Wahl am 18. Juni

Von Jörg Kramer
ArbeitnehmerInnen-Initiative Sozialdemokraten in der Polizei

Polizisten in der Bundesrepublik Deutschland haben entscheidend dazu beigetragen, unseren demokratischen und sozialen Rechtsstaat aufzubauen. Unsere Polizei wurde zum Hüter der Freiheit.

Was für die Bundesrepublik gilt, das gilt angesichts des Zusammenwachsens der Staaten in Zukunft umso mehr für die Europäische Gemeinschaft. Auch wir von der Polizei wollen ein demokratisches und soziales Europa.

Wir lassen uns den zweiten demokratischen Staat auf deutschem Boden nicht durch Extremisten kaputtmachen, und wir werden das gemeinsame Europäische Haus gegen extremistische Angriffe verteidigen.

Die Parteien der extremen Rechten haben für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni zum Generalangriff geblasen. Die Programme von DVU, NPD und sogenannten Republikanern lassen keinen Zweifel daran: Diese Parteien wenden sich gegen die demokratische und soziale Ordnung der Bundesrepublik. Sie sind zudem gewerkschaftsfeindlich.

Für Polizisten sind diese Parteien nicht wählbar!

Die extremen Rechten gaukeln uns mit ausländerfeindlichen und rassistischen Parolen vor, komplexe gesellschaftliche Probleme mit einfachen Mitteln lösen zu können. In Wirklichkeit verschärfen sie mit ihren Aussagen nur soziale und gesellschaftliche Konflikte, die letztlich wieder wir Polizisten für sie lösen müssen.

Fakt ist: Der Anteil der Ausländer in der Bundesrepublik von rund sieben Prozent ist geringer als in anderen westlichen Ländern, etwa Frankreich (acht Prozent) oder Schweiz (15 Prozent).

Ohne ausländische Arbeitskräfte liefe in einigen Branchen und Dienstleistungsbereichen überhaupt nichts mehr. In der Gastronomie stellen Ausländer über 20 Prozent der Arbeitskräfte, in Gießereien 25 Prozent, im Bergbau 33 Prozent, bei Straßenkehrern 94 Prozent.

Ausländer arbeiten oft in Bereichen, für die sich trotz Arbeitslosigkeit kaum Deutsche finden. Ausländer zahlen jährlich rund zehn Milliarden Mark in die deutsche Rentenversicherung ein. Entgegen aller Behauptungen der Rechtsradikalen liegen die Renten von Aussiedlern im Schnitt unter denen der hier geborenen Deutschen.

Das wissen Polizisten aus ihrer Praxis: Ausländische Arbeitnehmer sind nicht krimineller als Deutsche. Unser Problem ist die international organisierte Kriminalität, für deren Bekämpfung die Polizei unzureichend organisiert und ausgestattet ist.

Was wir brauchen:

- Wirksame polizeiliche Mittel gegen international operierende Banden, gegen die zunehmende Umwelt- und Wirtschaftskriminalität, gegen Gewaltverbrecher.
- Ein Klima der Toleranz und Verständigung in den Wohnbereichen mit sozialen Spannungen, in denen wir unseren anstrengenden Dienst tun.
- Eine soziale Politik, die nicht die Polizei zum Prügelknaben für verfehlte Entscheidungen und vermeidbare gesellschaftliche Fehlentwicklungen werden läßt.

Wir wollen ein Europa der sozialen Demokratie, der Freiheit und des Wohlstandes für alle seine Bürger. Das Zeitalter fallender Grenzen kann nicht das Zeitalter grenzenlosen Nationalismus sein. Extremismus hat in einem sozialen und demokratischen Europa keinen Platz.

Wir Polizisten werden uns entschieden gegen alle Angriffe auf unsere Demokratie, auf unseren sozialen Rechtsstaat wenden. Deshalb am 18. Juni: Keine Stimme für Extremismus und Ausländerfeindlichkeit. Polizisten entscheiden sich für das Europa der sozialen Demokratie! (-/13.6.1989/vo-he/rs)

* * *

Ein Schienenkonzept für den Alpen-Transit ausbauen

Zum österreichischen Nachtfahrverbot für Lastwagen

Von Hans-Günter Naumann MdL

Verkehrspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die vom österreichischen Verkehrsminister Streicher angekündigte Maßnahme kann niemanden überraschen, der Alleingang allerdings auch keinen begeistern. Die einzig sinnvolle Reaktion ist jetzt die schnellstmögliche Entwicklung eines realisierbaren Schienenkonzepts für den Alpen-Transitverkehr.

Seit langem ist klar: Die im Alpenraum besonders niedrigen Belastbarkeitsgrenzen der natürlichen Lebensgrundlagen sind entlang der Transitkorridore längst überschritten. Gesundheit und Existenzgrundlagen der Bevölkerung sind gefährdet. Die Landesregierung von Tirol und auch die anderen Bundesländer stehen seit Jahren unter dem wachsenden Druck ihrer Bewohner. Obwohl der jetzt angekündigte Schritt Österreichs nur eine Frage der Zeit war, hatten sich die EG-Kommission, die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung selbstherrlich auf die Wirkung angekündigter Vergeltungsmaßnahmen verlassen - nach dem Motto: Die werden sich schon nicht trauen. Aber sie trauten sich hier ebenso wie bereits vor Jahren bei den Mautgebühren für Lastkraftwagen.

Eine bloße Umverlagerung des nächtlichen LKW-Verkehrs auf die Tagesstunden würde allerdings zu unhaltbaren Verhältnissen führen. Vor allem in der Reisezeit würde der LKW-Verkehr mit großen Teilen der PKW-Flut konkurrieren, mit der Folge drastisch steigender Staus und Unfallzahlen. Um zu den Sperrzeiten die österreichischen Autobahnen noch rechtzeitig verlassen zu können, wäre die Raserei der Lastwagen geradezu vorgegeben.

Wer die Unwägbarkeiten im Speditionsgewerbe und im Fernverkehr kennt, weiß: Es bleibt ein logistisches Problem, einen LKW-Transporter so zu timen, daß es nicht vor den Grenzstationen - in Italien und Bayern - zu kilometerlangen Warteschlangen kommt. Für die notwendigen Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaft sehe ich folgende Leitlinien:

- 0 Die Bereitschaft Österreichs und der Schweiz, bis 1992 Kapazität, Schnelligkeit und technische Spezifikationen des kombinierten Verkehrs soweit zu entwickeln, daß er den Anforderungen des Gütertransports im Binnenmarkt voll gerecht wird, muß vorrangig aufgegriffen werden.
- 0 Angesichts der fehlenden Auslastung der Brennerbahn (58 Prozent) und der derzeit schlechten Wettbewerbslage des kombinierten Verkehrs ist eine stärkere Verlagerung auf die Schiene ohne EG- oder staatliche Beihilfen nicht möglich.
- 0 Von der Schweiz muß verlangt werden, den Huckepack-Transit durch ihr Land durch Subventionen so günstig zu gestalten, daß der Umweg über die Brenner-Route für die Fuhrunternehmer uninteressant und Österreich damit von den Spitzenbelastungen im Straßentransit befreit wird.
- 0 Die Entscheidung über den Bau neuer tiefgelegener Schienentransversalen durch die Alpen muß möglichst bald getroffen und, wo erforderlich, durch ein finanzielles Engagement der Gemeinschaft beschleunigt werden.
- 0 Der Ausbau leistungsfähiger Verkehrswege nach Griechenland muß durch zinsverbilligte Kredite an Jugoslawien beschleunigt werden.

Was jetzt nottut, ist Ratio und nicht verbaler Posaunenkrieg über die Alpen hinweg.

(-/13.6.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Ein Brief an Edmund Stoiber: Parallelen zu den „Republikanern“

Der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Max von Heckel hat in einem Brief an den bayerischen Innenminister Edmund Stoiber Fragen in Zusammenhang mit der Überprüfung der „Republikaner“ durch den Verfassungsschutz gestellt. Der Brief im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

mit Genugtuung habe ich und haben viele Demokraten in Bayern zur Kenntnis genommen, daß Sie und Ihr Haus in eine Vor-Prüfung über die Verfassungswidrigkeit der sogenannten „Republikaner“ eintreten.

Sie haben diese Ihre Entscheidung damit begründet, daß insbesondere Äußerungen zur Europäischen Gemeinschaft und zur Ausländerpolitik „nationalistische Denksätze“ erkennen ließen. Insoweit bestünden Parallelen zur Argumentation rechtsextremer Organisationen - wie der NPD und der DVU. Ich möchte nicht versäumen, Sie darauf hinzuweisen, daß nach Äußerungen maßgeblicher Mitglieder Ihrer Partei auch Parallelen in der Argumentation zwischen den sogenannten „Republikanern“ und der CSU bestehen.

Stellvertretend für viele ähnliche Äußerungen möchte ich Sie auf das Interview hinweisen, das der Bayerische Ministerpräsident Dr. h.c. Max Streibl am 1. Februar dieses Jahres der „Welt“ gegeben hat. Herr Streibl hat hier wörtlich folgendes ausgeführt: „Schönhuber vertritt weiterhin CSU-Positionen, gerade im Bereich der Ausländerpolitik. Der eigentliche Imitator heißt also Schönhuber.“

Sehr geehrter Herr Staatsminister, es entspricht sicher allgemeingültigen rechtsstaatlichen Erfordernissen, wenn Sie bei der Prüfung verfassungsfeindlicher Ziele in der Ausländerpolitik nicht nur den Imitator, sondern auch den Urheber selbst berücksichtigen. Auf die unglaublichen Hetzkampagnen gegen Asylbewerber, die CSU in der letzten Phase des bayerischen Landtagswahlkampfes 1988 - unterstützt durch administrative Maßnahmen wie die Verteilung von Asylbewerbern über das ganze Land - unternommen hat, möchte ich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich hinweisen.

Nicht nur ich und meine Parteifreunde, sondern alle aufrechten Demokraten in unserem Land werden sich sicher freuen, wenn bei der CSU ein echter Prozeß des Umdenkens und eine Hinwendung zu den Prinzipien der Humanität zu beobachten wäre; der Beweis hierfür muß allerdings noch erbracht werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

gez. Max von Heckel, MdL.

(-/12.6.1989/vo-he/rs)